



Dominik Nepp
Vizebürgermeister

Toni Mahdalik
Klubobmann

Fotos: FPÖ



Teilerfolg für FPÖ: Heumarkt-Hochhaus vorerst gestoppt



Foto: wien.gov.at

In „Nachdenkpause“ bis nach der Wien-Wahl 2020, der Betonturm am Heumarkt

Die Wiener SPÖ bekommt nun im Krimi rund um das geplante Hochhaus am Heumarkt kalte Füße und hat das ganze Projekt „für eine Nachdenkpause“ für die nächsten zwei Jahre auf Eis gelegt.

Kein Zufall, dass in zwei Jahren die Wien-Wahl geschlagen sein wird und man die Bevölkerung offenbar für dumm verkaufen will und – so ist es zu befürchten – erst nach der Wahl mit dem Bau beginnen will. Für die Wiener FPÖ ist die sogenannte „Nachdenkpause“ beim Projekt Heumarkt eine reine Augenauswischerei. Im Gemeinderat kritisierten die FPÖ-Abgeordneten das „System Chorcherr“ – der ehemalige Grünen-Mandatar spielt beim Projekt schließlich eine zentrale Rolle. Die FPÖ stellte klar, dass der „Turmbau am Heumarkt“ aus ihrer Sicht das falsche Projekt am falschen Ort zur falschen Zeit sei und dass der UNESCO-Status Weltkulturerbe unbedingt zu erhalten sei. Die Freiheitlichen begrüßten, dass der Bund der Stadt jetzt endlich die Rute ins Fenster stellt und eine Erklärung zum Welterbe bis zum 8. April verlangt.



Ulrike Nittmann folgt Edi Schock als Stadtrat

Unser langjähriges Mitglied im Wiener Rathausklub, **DDr. Eduard Schock**, hat eine neue Herausforderung im Direktorium der Österreichischen Nationalbank angenommen. Schock startete seine Karriere bei der FPÖ 1987 als Sekretär des FPÖ-Parlamentklubs, gleichzeitig wurde er in der Bezirkspolitik aktiv und war von 1987 bis 1991 Bezirksrat in Favoriten. Er wechselte 1991 in den Wiener Landtag und Gemeinderat, war in den Jahren 2000 bis 2006 nichtamtsführender Stadtrat und Mitglied der Wiener Landesregierung und wechselte am 20. November 2006 nach dem Abgang von Heinz-Christian Strache wieder in den Landtag und Gemeinderat, wo er Strache als Klubvorsitzender des Freiheitlichen Rathausklubs ablöste. Seit 2010 war Schock als Stadtrat der Finanzsprecher der Wiener FPÖ.



Auf Eduard Schock folgt nun die **Hernalserin Mag. Ulrike Nittmann**, die seit 2015 für die FPÖ im Wiener Gemeinderat und Landtag gearbeitet hat.



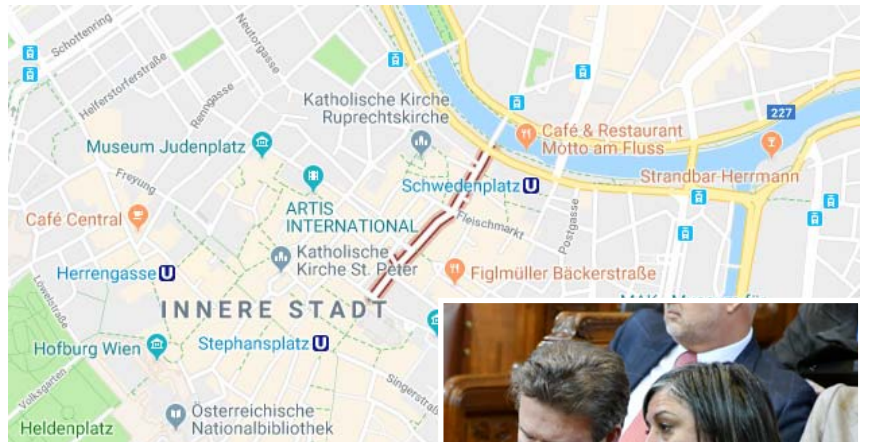
Zu Vassilakous Abschied: Chaos auf Rotenturmstraße

Die FPÖ kritisierte im Wiener Gemeinderat das neueste Abschiedsgeschenk der scheidenden Anti-Autofahrer-Verkehrsstadträtin Maria Vassilakou.

Schließlich ist durch den Rückbau der Rotenturmstraße ein Totalausfall aller – im Zentrum ohnehin extrem knapper – Parkplätze zu befürchten. Die FPÖ warf in ihren Reden den Grünen vor, vom ideologischen Ziel, Wien entgegen aller anderen Meinungen um jeden Preis zur „autofreien Stadt“ machen zu wollen und für diese Schnaps-idee über sämtliche Bürgerinteressen drüberzufahren.

Als Beispiele nannte er die „City Maut“, die Fahrspurverkürzung der Straßenbahnlinie 2 und den geplanten Radweg an der Linken Wienzeile, welcher nicht mit den Bedürfnissen der Umgebung und der Bewohner abgestimmt worden sei. Es sei außerdem unklar, weshalb die Finanzierung der Rotenturmstraße möglich sei, jedoch die Neugestaltung des Schwedenplatzes „wegen zu wenig Geld noch nicht ansatzweise umgesetzt wurde“.

Schlimm genug, dass die erklärte Autofahrerin Vassilakou ein Attentat auf Wiens



Autofahrer nach dem anderen rigoros durchziehen will – viel schlimmer ist jedoch, dass Bürgermeister Michael Ludwig tatenlos zuschaut.



SPÖ will nicht gegen illegale Untermieten im Gemeindebau vorgehen

Unzählige Wiener haben sich bei der FPÖ gemeldet und von illegalen Untervermietungen von Gemeindewohnungen berichtet.

Diese Wohnungen würden nicht mehr benötigt werden und daher an nicht berechnete Personen unter der Hand weitervermietet. Das ist nicht erlaubt, denn bei Wegfall des Bedarfs müssten Gemeindewohnungen zurückgegeben werden, damit sie an bedürftige Menschen weitergegeben werden können.

Die FPÖ ist der Ansicht, dass Wiener Wohnen gerade in Zeiten von Wohnungsknappheit und explodierenden Mieten mehr Augenmerk darauf legen müsste, gegen il-



legale Untervermietungen vorzugehen. Die FPÖ forderte Wiener Wohnen daher in einem Antrag auf, Maßnahmen gegen illegale Vermietungen zu setzen und erbatpnten Vermietern die Mietverträge zu kündigen.

Der Freiheitliche Antrag wurde von der rot-grünen Mehrheit aber abgelehnt. Offenbar haben SPÖ und Grüne kein Interesse, hier Ordnung und Gerechtigkeit zu schaffen.